Nummer 172

Bezugs-Preis ohne Bringerlohn: Vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 70 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

64. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die neungespaltene Zeile 1 Mk., Reklameteil 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen z. Kurszettel, Zinsschein-Kalender Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Montag, 14. April 1919 | Fernsprecher der Druckerei :: Zentrum 2488 :: | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Der neue Bürgerstreik.

Von Dr. Richard Bahr.

Bisher — noch bis in die Vorwoche hinein — verstand man unter einem Bürgerstreik eine Abwehraktion gegen den Terror irregeleiteter und fanatisierter Proletariermassen. Wenn die Industrie-Arbeiterschaft und was mit ihr zusammenhängt, den nichthandarbeitenden Schichten alle Lebensmöglichkeiten abschnitte, dann sollten auch sie sich erinnern dürfen, daß ihnen nicht minder die ewigen Rechte droben hangen unveräußerlich. Sollten selber zu unfroher Feier die Hände in den Schoß legen und, den Übermut und den Größenwahn des Proletariats ad absurdum führend, den Nachweis erbringen, daß auch sie gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten und, wenn ihr Arm es will, die Räder erst recht still stünden. Seit ein paar Tagen erleben wir in diesen deutschen Revolutionen, die alle Vernunft längst zum Teufel gejagt haben, eine neue Form des Bürgerstreiks. Berlin, das schon in der Wilhelminischen Ära die Zentrale des Ungeschmacks war und alles Knallige der Epoche, alles unbesinnlich Grobe, Materialistische, Schreiende in Politik und Lebensführung immer wieder überschrien hat, hat den bedenklichen Vorzug, auch diese Riesentorheit zuerst ausgeheckt zu haben: den Lohnausstand der bürgerlichen Kreise, der sich gegen das Bürgertum selbst kehrt. Weil ihre Gehälter den von Woche zu Woche ins Irrsinnigere kletternden Berliner Preisen nicht mehr entsprechen, werfen die Angestellten heute der und morgen jener Erwerbsgruppe die Arbeit hin, suchen, mit allen Mitteln proletarischen Klassenkampfs und der unbedenklich von ihm erborgten Phraseologie, mit Streikposten und Vergewaltigung der Anderswollenden, sogar mit Gummiknüppeln und Wasserschläuchen, die Unternehmerschaft sich gefügig zu machen. Das ist nicht nur ungemein geistlos, das ist ein Verbrechen. Wo die eigene Gevatter- und Freundschaft mitten im Kampf steht, trübt sich leicht das Urteil auch sonst besonnener Leute. Gewiß, mit den Gehältern, die trotz aller Teuerungszulagen in ihrem Grundstock doch noch auf der Kalkulation der Friedensjahre beruhen, mag in dem Berlin von heute nicht auszukommen sein (wiewohl man das Verlangen eines Mindestgehalts von 3700 Mark für einen zwanzigjährigen Jüngling, der die Portokasse zu betreuen hat, und von 15 000 Mark für einen Herrn, dessen hervorstechendstes Verdienst es ist, die 50 überschritten zu haben, immerhin als extravagant bezeichnen dürfen wird). Man könnte es auch begreifen, daß, wenn alle gütlichen Vorstellungen und Verhandlungen versagten und zuvor erwiesen ward: die seit Monaten von den Arbeitern und künftighin vom Steuerfiskal mitleidslos geplünderten Unternehmer sind in der Lage, mehr zu zahlen, die Angestellten sich vornähmen, in dem ersten Moment, wo die deutsche Wirtschaft notdürftig zur Ruhe käm, ihre Forderungen mit Druck und Zwang und dem ganzen Rüstzeug der Koalition anzumelden. Nur in diesem Augenblick durften sie es nicht tun, nur jetzt nicht, wo Spartakus und Unabhängige nach wohl ausgeklügeltem Plan Reich und Staat, Gesellschaft und Wirtschaft keine Atempause gönnen wollen, nicht die Verwirrung mehren und, was ohnehin in den Grundfesten bebt und wankt, noch weiter erschüttern. Es geht eben nicht an, Lohnkämpfe heute zu isolieren, jeder von ihnen greift ins politische Gebiet hinüber und wird ein neuer Hemmschuh für die allmähliche Stabilisierung unserer öffentlichen Zustände.

Wer von uns trägt denn nicht die Last dieser erbarmungslos harten Zeit? Durch unsere Ministerien und Verwaltungsbehörden streicht ein rauher Wind und scheucht, um vieles unduldsamer als die Zeit der viel gescholtenen Unfreiheit, alles heraus, was von heute zu morgen nicht seelisch sich umzukrempeln vermöchte. Die man dann noch in ihren Ämtern läßt, weil schließlich nicht jeder Gewerkschaftssekretär ohne weiteres zum Ministerialdirektor oder Regierungspräsidenten sich eignet, leiden unter den Teuerungsverhältnissen genau so oder mehr noch als die Privatangestellten. Auch ihr Einkommen reicht nicht hin und nicht her, die Spargroschen aber und das kleine Kommißvermögen fraß der Krieg längst auf. Vollends verzweifelt ist die Lage unserer Offiziere. Wohl dem, der noch jung und biegsam genug ist, um auf Deutschlands hohe Schulen zu ziehen und in straffer Zucht sich einen neuen Lebensweg zu bahnen. Wer die Mitte der 30, wer gar die 40 hinter sich ließ, wird in vielen Fällen in der wieder auf Menschenexport angewiesenen deutschen Volkswirtschaft, die ganz klein und von vorne anfangen muß, kaum noch und dann nur dürftigen Unterschlupf finden. Wer aber über ein bescheidenes erarbeitetes Vermögen verfügt — und es gibt doch auch ehrlich erarbeitetes Vermögen, meine Herren — sieht, wie die Früchte zäher Lebensarbeit in der Hand ihm zerrinnen. Dennoch: sie beißen die Zähne zusammen und halten aus. Aus Pflichtgefühl. Weil sie ihre Verantwortlichkeit empfinden für die Geschicke des Staats und der Gesamtheit und sich sagen: dieses müde Räderwerk verträgt schlechterdings keine neue Belastung. Das setzt einfach aus, wenn auch das Bürgertum die Teile über das Ganze, die Eigensucht über das Wohl der Allgemeinheit zu stellen beginnt. Wir stehen, wenn auch vielleicht in anderem Sinn, als die psychologische und historisch-politische Unreife der Unabhängigen und Spartakusbrüder das begreift, inmitten einer Weltrevolution. Ein Sturm kann über diese Erde, zumindest über unseren Kontinent, den alten, erbrausen, daß wirklich kein Stein auf dem anderen bleibt. Die Hoffnung, daß es doch noch gelingt, die **Kontinuität unserer geschichtlichen Entwicklung und das Erbe der Kulturarbeit von Jahrhunderten zu wahren, ruht vornehmlich, wenn nicht allein, auf dem Bürgertum.** Das darf keine Sekunde das Bewußtsein verlieren, daß es eine historische Mission zu erfüllen hat und solcher Sendung nur gerecht werden kann, wenn es seine politischen Energien und die Intensität seiner Arbeit, der geistigen wie der wirtschaftlichen, verdoppelt. Ein Bürgertum, da s nicht viel mehr ist als (wie das neulich sehr hübsch in der „Magdeburgischen Zeitung" gesagt wurde) der „Anhängerwagen" der Sozialdemokratie, hat seine Rolle ausgespielt. Dem würde auch in Deutschland trotz seiner viel reicheren und stolzeren Vergangenheit nichts anderes geschehen, als in Rußland ihm schon geschehen ist: es würde von der Sturzsee zermalmt und zerrieben werden . . . .

Die Regelung der Saarfrage.

Das Saargebiet unter Hoheit des Völkerbundes.

Paris, 14. April.

Der von der Agence Havas veröffentlichte Bericht über die diplomatische Lage wiederholt und ergänzt die Angaben über die Regelung der Saarfrage dahin, daß **Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken** haben wird und daß die französischen Gesetze dort maßgebend sein werden. Deutschland wird verantwortlich bleiben für alle mit Bezug auf die Bewohner des Landes eingegangene Verpflichtungen, soweit ihre Rechte nicht durch das französische Gesetz anerkannt werden. Frankreich soll die Polizeirechte ausüben, **die Staatshoheit aber dem Völkerbunde zustehen,** der die Verwaltung des Gebietes einer Art Direktorium von fünf Mitgliedern, nämlich einem Landesangehörigen, einem Franzosen und drei vom Völkerbunde zu ernennenden, übertragen wird. Die Einwohner des Saargebiets werden alle ihre politischen Rechte auf Wahlen zu örtlichen Körperschaften behalten, aber keine Abgeordneten in das deutsche Parlament senden. Dieser Zustand soll **15 Jahre dauern,** nach deren Ablauf die Einwohner das Recht haben sollen, über ihre weiteren politischen Verhältnisse **durch Volksabstimmung zu entscheiden.** Falls sie den Willen äußern, unter der Verwaltung ihres Heimatlandes zu bleiben, **wird Deutschland Frankreich die Bergwerke abkaufen müssen,** deren volles Eigentum Frankreich jetzt als Ersatz aller von dem Feinde im nordfranzösischen Kohlengebiet angerichteten Schäden erhält. Der durch Sachverständige festgestellte Preis soll in Gold oder gleichwertigen Werten erlegt werden, diese durchaus neuartige Regelung hat ihren Ursprung der Grundsätze des Völkerbundes und entspricht einerseit den Grundsätzen der Alliierten, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, denn man kann hier nicht von einem Grundsatz der Annexion reden, da die Bewohner des Saarbeckens ja die volle Freiheit haben werden, ihre Staatsangehörigkeit zu wählen. Andererseits werden die materiellen Interessen Frankreichs auf diese Weise voll gesichert.

Von dem gestern bereits genannten **Deckungsbetrage von 125 Milliarden Francs** werden **55 pCt. Frankreich** zufallen, alles in Gold, Rohstoffen, Waren oder marktgängigen Werten, in Jahreszahlungen zahlbar, deren Mindestbetrag im Vertrage festgelegt werden wird. Deutschland wird die Entschädigungen und Wiedergutmachungen nach den Anschlägen erstatten, denn es ist unmöglich, wegen der Preisschwankungen für Rohstoffe und Arbeitsleistung jetzt schon einen Pauschbetrag anzugeben, schließlich werden die **Pensionen der französischen Militärpersonen,** welche jährlich **4 Milliarden Francs erreichen, Deutschland zur Last** fallen.

Die Frankreich gegen einen neuen Angriff Deutschlands gewährten Sicherheiten waren von neuem Gegenstand von Erörterungen des Rates der Vier, der eine rasche Erledigung der Angelegenheit wünscht und daher Sonntag nachmittag lange getagt hat.

Der französische Standpunkt in dieser Hinsicht ist sehr einfach. In militärischer Hinsicht wird **das linke Rheinufer neutralisiert** werden und Deutschland wird nicht das Recht haben, dort Truppen und Festungswerke zu unterhalten, mit einem Wort, kein Mittel zu einem strategischen Vorgehen. In politischer Hinsicht bleibt die Souveränität Deutschlands unangetastet. Diese Art einer militärischen Servitut ist zeitlich nicht begrenzt. Die tatsächliche Besetzung der Rheinlinie wird, wie es scheint, ausschließlich durch französische Truppen gesichert werden, welche die Brückenköpfe und die Eisenbahnknotenpunkte besetzt halten werden. Schließlich ist auf dem rechten Rheinufer die Bildung eines **neuen militärisch neutralen Abschnittes** in einer Breite von 50 km. zu erwarten. Diese letzte Maßnahme ebenso wie die Besetzung der Rheinbrücken ist nur zeitweilig und wird nur 15 Jahre dauern. Sie wird in Kraft bleiben während der Ausführung der den Deutschen auferlegten finanziellen Verpflichtungen. Unsere Truppen werden staffelweis entsprechend den geleisteten Zahlungen zurückgezogen werden.

Die Westgrenze Deutschlands und die Linienführung der Ostgrenze ist geregelt, einschließlich der Danziger Frage, für welche die Entscheidung im Prinzip schon festgelegt ist. Die redaktionelle Fassung schreitet fort. In jeder Hinsicht hofft man im Verlauf dieser Woche mit den Fragen, die Deutschland angehen, abzuschließen.

Dr. Helfferich über die Frage der Kriegsentschädigung.

Wien, 13. April.

Der ehemalige Staatssekretär Helfferich hat sich zu dem Berliner Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes" über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage und die Frage der Kriegsentschädigung unter anderem folgendermaßen geäußert: Die Forderungen der Entente sind heller Wahnsinn. Wir sind schlechterdings nicht in der Lage, größere Summen oder Werte als Entschädigungen an das Ausland abzuführen. Von unserem von mir vor dem Kriege auf 20 Milliarden geschätzten Besitz an Auslandswerten sind nicht weniger als vier Fünftel durch unsere Kriegseinfuhr aufgezehrt, dazu kommt die Entwertung unseres überseeischen Besitzes durch den Handelskrieg der Entente. Wir sind also durch den Krieg aus einem Gläubigerland ein Schuldnerland geworden. Zur Wiederherstellung unserer Gütererzeugung in Deutschland sind wir zudem auf ausländischen Kredit angewiesen; wovon sollten wir also die enorme Entschädigung bezahlen? Es ist eine Unmöglichkeit, daß ein Volk auch nur ein Fünftel seines Volksvermögens einem fremden Volke überträgt, das hat es in der ganzen Geschichte noch nicht gegeben. Die fünf Milliarden Francs, welche Frankreich 1871 auferlegt worden sind, haben nur 2½ pCt. des damaligen französischen Volksvermögens ausgemacht. Heute aber Deutschland alle Entschädigungen des Weltkrieges auferlegen, heißt nichts anderes als die Deutschen zu Arbeitssklaven für die westlichen Völker zu machen. Wir können nur mit Waren zahlen, aber es wird uns schon sehr schwer fallen, im Laufe der Jahre wieder dahin zu kommen, daß wir nur unsere unentbehrliche Einfuhr und die Zinsen für die Auslandsverschuldung mit der industriellen Arbeit unserer Bevölkerung bezahlen können.

Der neue Zentralrat.

Berlin, 14. April.

Dem Vernehmen nach sind die Tage des Zentralrats der Republik in seiner bisherigen Zusammensetzung gezählt. Die Fraktionen des Rätekongresses sollen übereingekommen sein, einen Zentralrat zu bilden, an dem alle Parteien beteiligt sind; und zwar sollen Mehrheitssozialisten und Unabhängige die gleiche Anzahl von Mitgliedern in den Rat schicken, in dem auch die Demokraten und die Soldatenfraktion vertreten sind. So sehr auch eine Einigung der Parteien in dieser wichtigen Frage zu begrüßen ist, so wäre es doch wohl wichtiger gewesen, die Fraktionen ihrer tatsächlichen Stärke entsprechend im Zentralrat erscheinen zu lassen.

Der Kohlenbeirat an der Arbeit.

Wie wir hören, hat der Sachverständigenrat für Kohlenversorgung heute vormittag seine Arbeit aufgenommen. Es sollen zunächst die Grundzüge für die Durchführung der Kohlenversorgung festgelegt werden. Im weiteren Verlaufe erfolgte die Erweiterung des Kohlenbeirates zu dem vorgesehenen Reichskohlenrat. Reichswirtschaftsminister Wissel leitete heute die Besprechungen mit einer längeren grundlegenden Rede ein. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die neue Kohlenversorgung keine Revolutionierung, sondern eine Evolutionierung der bestehenden Verhältnisse zu bedeuten haben werde. Das spricht sich u. a. darin aus, daß zu dem Kohlenbeirat außer den Vertretern der Regierung und der Arbeiter auch solche der Erzeuger und der Verbraucher hinzuziehen sind.

Keine Freigabe des Handels.

Im Zusammenhange mit der Lockerung der Zwangsversorgung in einzelnen Punkten ist in der Presse die Frage erörtert worden, wann und in welchem Umfange eine Freigabe des gesamten Handels in die Wege geleitet werden könnte. Demgegenüber ist man an zuständiger Stelle der Ansicht, daß eine Freigabe des Handels für absehbare Zeit nicht zu erwarten sei.

Kleine Nachrichten.

Vor kurzem tauchte bei der Neugestaltung preußischer Ministerien die Mitteilung auf, daß eine Trennung des Ministerium der öffentlichen Arbeiten durch Abzweigung der Bauverwaltung bevorstände. Wie den „Pol. Inf." mitgeteilt wird, ist von derartigen Plänen bei der Neubildung des preußischen Staatsministeriums allerdings die Rede gewesen, und die Angliederung eines Teils der Bauverwaltung an das Ministerium der Wissenschaft usw. stand in Frage. Auch die Teilung der Eisenbahn- und Bauverwaltung wurde eingehend erörtert. Es ist aber entschieden worden, daß die Zusammenfassung der Eisenbahn- und Bauverwaltung in einem Ministerium auch für die Zukunft bestehen bleibt.

•

In der Sonnabendsitzung des Rätekongresses hatte Reichsminister Wissell gesagt, daß die große Hemmungslosigkeit in den Forderungen der Arbeiter darauf zurückzuführen sei, daß sein Vorgänger Zusagen gemacht habe, die er, Wissell, auf keinen Fall billigen konnte. Es ist diese Aeußerung vielfach so aufgefaßt worden, als ob Reichsminister Wissell seinen Vorgänger im Reichswirtschaftsministerium Dr. August Müller bei dieser Bezugnahme gemeint habe. Von zuständiger Seite wird deshalb festgestellt, daß der Reichsminister seinen Vorgänger im Rat der Volksbeauftragten, Barth, im Auge gehabt hat, wie das übrigens aus dem ganzen Zusammenhang der Rede auch nicht anders verstanden werden konnte.

•

Bei der gestrigen Volksabstimmung in Baden wurde die Verfassung mit 355 000 gegen 20 000 Stimmen angenommen, für die Fortsetzung der Nationalversammlung als Landtag stimmten 355 000, dagegen 21 000. Die Stimmbeteiligung betrug 30 bis 35 Prozent.

•

Wie der „Temps" aus Santiago de Chile meldet, hat das Außenministerium den Antrag, alle deutschen Besitzungen unter Zwangsverwaltung zu stellen, mit dem Hinweis, daß dazu keine rechtlichen Gründe vorhanden seien, verworfen.

Politischer Tagesspiegel.

Zur Reform unseres Auslandsdienstes.

Unsere Meldung von der geplanten Neubesetzung der deutschen Auslandsvertretungen in den neutralen Ländern hat das entsprechende Interesse hervorgerufen, denn sie zeigte, daß Graf Brockdorff-Rantzau in der Tat die Absicht zu haben scheint, die unbedingt nötige und schon im alten Reichstag einstimmig geforderte Reform unseres gesamten Auslandsdienstes durchzuführen. Wir gedenken, auf diese Angelegenheit wegen ihrer allgemeinen Bedeutung demnächst noch einmal ausführlich zurückzukommen. Heute möchten wir nur vermerken, daß es wünschenswert gewesen wäre, man hätte die „Umgruppierung" früher und zum mindesten so zeitig eingeleitet, daß die neuen Männer, deren Anschauungsweise entsprechend ihrer anders orientierten politischen Ueberzeugung hinsichtlich der aktuellen Zeitprobleme von der ihrer unmittelbaren Vorgänger in wichtigen Fragen erheblich abweichen dürfte, die wichtige Vorarbeit für den Frieden noch hätten leisten können, für die es jetzt zu spät ist. Im übrigen wird die Hauptsache die künftige Besetzung der diplomatischen Posten in den Ländern sein, die sich zurzeit noch mit uns in formellem Kriegszustand befinden. Da wird es sich zeigen müssen, ob Graf Brockdorff-Rantzau wirklich ganze Arbeit macht und die Reform in einer Weise durchführt, die nichts mehr mit dem früher im Auswärtigen Amte üblichen Cliquenwesen zu tun hat, sondern den veränderten Zeitumständen in angemessener Form Rechnung trägt.

•

Bayern.

Noch sind wir nicht in der Lage, uns über die Lage in München ein völlig klares Bild zu machen. Nach den vorliegenden Meldungen hat die Regierung Hoffmann zwar die strategisch wichtigen Punkte der Hauptstadt besetzt, aber noch muß um die Wiederherstellung der Ordnung gekämpft und Widerstände — offene oder geheime — überwunden werden. Auch darf man sich nicht verheimlichen, daß für einen unschädlich gemachten Kommunistenführer zehn andere aufstehen und weiter arbeiten. Doch kann der amtlichen Mitteilung, daß an eine Wiederaufrichtung der Räterepublik nicht gedacht werden könne, Glauben geschenkt werden. Denn es hat sich gezeigt, daß die Herrschaft der zugewanderten Kommunisten in Bayern nur durch die Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung sich einige Tage halten konnte. Und darin liegt die prinzipielle Bedeutung des neuen Umsturzes in München: Lenin ist die Lehre erteilt worden, daß Deutschland tatsächlich nicht der Boden für seinen Bolschewismus ist. Der Vorstoß nach Westen ist gescheitert. Wohl noch nicht endgültig, denn das bolschewistische Agitationskomitee in Moskau wendet in seinem Kriege die bewährte Methode des Einhämmerns der Front an. Aber die Niederlage der Russen in Süddeutschland ist schwer und stärkt die Stellung Deutschlands nach Osten hin erheblich. Die Art, in der der Umsturz vor sich gegangen ist, gibt den Freunden der Räteregierung Anlaß und Gelegenheit, den neuen Feldzug gegen die rechtmäßige Regierung Hoffmann einzuleiten. Die „Freiheit" betont, daß der stattgefundene Umsturz einen rein „militärischen" Charakter trage. Morgen wird es heißen: militaristisch, übermorgen: reaktionär — und die alte Gebetsmühle fängt wieder von vorn an zu klappern.

•

„Bürgerliche Gegenrevolution".

In der Welt am Montag polemisiert Hans Leuß gegen das System Noske und seinen Träger. Er macht sich, was an diesem Schriftsteller ganz besonders auffallen muß, den ausgetretenen Gedankengang der Unabhängigen zu eigen, der die jetzigen Zustände, die Aufruhre und Streiks, als die Folgeerscheinungen der Tätigkeit Noskes hinstellt und führt als am stärksten belastend für Noske das folgende Argument an:

> Im Hintergrunde dieses unsinnigen Zustandes lauert das unvermeidlich herankommende Bündnis zwischen den „Bürgern" und den Mächten des „alten Regimes". Dies Bündnis ist im Lande schon weit vorgeschritten. Auch die sogenannten Demokraten in der Nationalversammlung sind nicht das Konterfei ihrer Wählermassen, ebenso wenig wie Scheidemann und seine Freunde das noch sind. Der Bürgersmann geht mit fliegenden Fahnen zur Gegenrevolution über. Die demokratischen Mitglieder der Nationalversammlung haben in der letzten Woche einen kleinen Ausbruch aus der Regierungsbürde markiert, doch sie lassen sich gerne halten. Käme es aber jetzt zu Wahlen, dann würde man etwas erleben!

Die Behauptung, die bürgerliche Demokratie rüste sich zur Gegenrevolution, gehört in das Kapitel der gefährlichen und zersetzenden Verhetzungen, eine Kampfesart, die Leuß lieber dem hiesigen Organ der U. S. P. überlassen sollte.

Abflauen des Streiks im Industrierevier.

Bochum, 14. April.

Der Streik im Bochumer Bezirk ist im Abflauen begriffen, auf folgenden Zechen sind heute Teile der Morgenschicht angefahren: Prinzregent, Engelsburg, Dannenbaum 1 und 2, Friederica, Bruchstraße, Cremonia, Hansemann, Hasenwinkel und Friedlicher Nachbar. Man rechnet damit, daß auch die übrigen noch im Ausstand beharrenden Bergleute in den nächsten Tagen zur Arbeit zurückkehren.

Essen, 14. April.

Friedrich Krupp Aktiengesellschaft teilt uns mit, daß der Streik bei der Firma erloschen sei.

Arbeiter des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes verharren noch weiter im Sympathiestreik, sind aber mit wenig Ausnahmen zur Arbeit erschienen, um die Notstandsarbeiten zu verrichten.

Bei Nr. 86 Abt. A des Handelsregisters, wo die Firma: **Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Dessau zu Dessau** geführt wird, ist eingetragen: Dem Prokuristen Ernst Jahn in Dessau ist Gesamtprokura dergestalt erteilt, daß er gemäß Art. 11 der Satzung die Firma der Filiale Dessau rechtsverbindlich zu zeichnen berechtigt ist. (8866)

Dessau, d. 7. April 1919.

Anhalt. Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist bei der unter Nr. 21 eingetragenen offenen Handelsgesellschaft **C. Kämper zu Dingelstädt (Eichsfeld)** heute folgendes eingetragen worden:

Der Fabrikant Otto Deubel zu Dingelstädt ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Kaufmann Karl Deubel zu Dingelstädt in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

Dingelstädt (Eichsfeld), den 18. März 1919. (8889)

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister A ist heute eingetragen worden:

Unter Nr. 208 bei der Firma **Ohlenroth'sche Buchdruckerei, Georg Richter, Erfurt:** Dem Dr. Egon von Löbbecke ist Prokura erteilt. Die Prokura des Oskar Block ist erloschen. Die Gesamtprokura des Georg Schlitte ist erloschen. An seiner Stelle ist dem Rudolf Wünsche in Erfurt Gesamtprokura mit Gustav Bredel erteilt.

Unter Nr. 1046 bei der Firma **Gebr. Richters Verlagsanstalt, Erfurt:** Der Dr. Egon von Löbbecke ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

Unter Nr. 1449: Die offene Handelsgesellschaft **Erfurter Zeitungsdruckerei und Vertriebsanstalt W. Richters u. Co.** in **Erfurt** und als persönlich haftender Gesellschafter der Kaufmann Walter Richters und der Dr. Egon von Löbbecke, beide in Erfurt. Dem Kaufmann Otto Richters und dem Oskar Block in Erfurt ist Einzelprokura erteilt. Die Gesellschaft hat am 1. März 1919 begonnen.

Unter Nr. 1450: Die offene Handelsgesellschaft **Otto Richters u. Co.** in **Erfurt** und als persönlich haftende Gesellschafter der Kaufmann Otto Richters und der Dr. Egon von Löbbecke, beide in Erfurt. Dem Kaufmann Walter Richters in Erfurt ist Einzelprokura, den Herren Rudolf Wünsche und Gustav Bredel, beide in Erfurt wohnhaft, ist Gesamtprokura derart erteilt, daß sie beide gemeinschaftlich die Gesellschaft vertreten können. Die Gesellschaft hat am 1. März 1919 begonnen.

Unter Nr. 1451: Die offene Handelsgesellschaft **Dr. v. Löbbecke u. Co.** in **Erfurt** und als persönlich haftende Gesellschafter der Kaufmann Otto Richters und der Dr. Egon v. Löbbecke, beide in Erfurt. Dem Kaufmann Walter Richters in Erfurt ist Einzelprokura, den Herren Georg Schlitte und Gustav Bredel, beide in Erfurt, ist Gesamtprokura derart erteilt, daß sie beide gemeinschaftlich die Gesellschaft vertreten können. Die Gesellschaft hat am 1. März 1919 begonnen.

Erfurt, am 31. März 1919.

Amtsgericht, Abt. 3.

In unser Handelsregister A ist heute eingetragen worden: Unter Nr. 1360 bei der Firma **Marie Stoyer in Erfurt:** Die Firma ist erloschen.

Unter Nr. 1452: Die Firma **Heinrich Stoyer** in **Erfurt** und als alleiniger Inhaber der Kaufmann Heinrich Stoyer in Erfurt. Der Frau Marie Stoyer geb. Stappenbeck ist Prokura erteilt.

Erfurt, am 2. April 1919.

Amtsgericht, Abtl. 3